

Rosa Hilfe Freiburg e.V.
1989
c/o Pol. Buchhandlung Jos Fritz
Wilhelmstr.15
7800 Freiburg
0761/25161

November 1989

OFFENER BRIEF AN DIE FORTSCHRITTLICHEN UND
DEMOKRATISCHEN KRÄFTE IN DER "SCHWULENBEWEGUNG".

*"Wer hat nicht für seinen guten Ruf schon einmal -
sich selbst geopfert?-"*

F.Nietzsche

*"Alle, die praktische Arbeit leisten, müssen
Untersuchungen auf den unteren Ebenen vornehmen. Eine
solche Untersuchungstätigkeit haben besonders jene
nötig, die nur theoretisch beschlagen sind, aber über
die realen Verhältnisse nicht Bescheid wissen;
andernfalls werden sie die Theorie nicht mit der
Praxis verbinden können."*

Mao Tse-tung, April

1941

1. Am 21./22. Oktober dieses Jahres traf sich in Ulm die SAS, das Treffen südwestdeutscher Schwulengruppen. Neben sattsam bekannten Schwafel-Arbeitsgruppen und dem Treffen der südwestdeutschen Rosa Hilfen machte die örtlicher Schwulengruppe das neuerdings stark propagierte Konzept der "Schwulen Ehe" von Beck & Dworek zum Thema. Als sich dann für die geplante Diskussion im Südwesten sonst keine Vertreter für die Ablehnung der schwulen Ehe fanden, wurden zwei Vertreter der Rosa Hilfe Freiburg zu der Podiumsdiskussion geladen. Zu unserer Schande müssen wir gestehen, daß wir uns nicht besonders gut vorbereitet hatten. Darüber hinaus saßen uns auf der Befürworter-Seite so klangvolle Namen wie Rüdiger Lautmann (Soziologe und Jurist, Professor in Bremen) und Manfred Bruns (Bundesanwalt am Bundesgerichtshof in Karlsruhe) gegenüber. So kam es denn, daß bei der sonntäglichen Beschlußfassung über das, was die SAS begrüße, der Vorschlag aus Bonn die überwältigende Mehrheit fand (27 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen). Was unsere Funktionärsriege gut brauchen kann, denn mit einem so klaren Votum kann sie im November auf der BVH-Mitgliederversammlung nicht rechnen, und da nimmt man doch den Spatz in der Hand.

2. Wie dieses Votum möglich war, erklärt ein Blick auf die leider nicht allzu erfreuliche Schwulenbewegungslandschaft des bundesdeutschen Südwestens. Die weitaus größte Zahl der hiesigen Schwulengruppen und -grüppchen tut außer wöchentlichem Kaffeetrinken annähernd nichts. Es gibt eine viel zu kleine Zahl von schwulen Beratungseinrichtungen, *systematische* Coming-out-Arbeit findet mit ein oder zwei Ausnahmen *nicht statt*. Ganze zwei Gruppen in Baden-Württemberg nutzten die Gelegenheit der Kommunalwahlen, um in Diskussionen und Veranstaltungen schwule Forderungen in der Kommunalpolitik zu formulieren. In Stuttgart (!) und Heidelberg verendeten die Rosa Telefone Ende 1988, was wochenlang unbemerkt blieb (und inzwischen zu ihrer Neugründung führte). Die Schwulengruppen sind Austragungsort persönlicher Konflikte, was zu nur teilweise amüsanten Häufungen schwuler Grüppchen durch Spaltungsgründung führt (Karlsruhe, Heidelberg, Saarbrücken). Da man sich in diesem unserem Saft sehr wohl fühlt, und sich nicht mehr nach außen wendet, ist natürlich auch kein Gefühl für Diskriminierung vorhanden, geschweige denn, daß man weitergehende Überlegungen zu deren Beseitigung anstellen müßte.

Hierfür ist bezeichnend, daß sich die Gruppen auf dem Treffen mit Händen und Füßen dagegen wehrten, Ausrichter der nächsten CSD-Demo zu sein, die doch gerade in Klein- und Mittelstädten entscheidende Bedeutung bei der Durchsetzung konkreter Forderungen erlangen kann (wie wir dies in Freiburg dieses Jahr erleben konnten). So ist es denn kein Wunder, daß diese großenteils untätigen "Repräsentanten" der südwestdeutschen Schwulen sich von soviel Prominenz, die da eigens für sie angekarrt wurde, gebauchpinselt fühlten und schon aus reiner Dankbarkeit für deren Vorschläge stimmte. So weit, so schlecht.

3. Das Beck/Bruns-Papier zur Homosexuellen-Ehe ("Möglichkeiten und Grenzen schwul-lesbischer Rechtspolitik für die 90er Jahre") ist mit Hilfe grüner Gelder bereits in solchen Massen in der Republik verbreitet, daß wir auf eine Zusammenfassung verzichten. Jutta Österle-Schwerin, lesbische Bundestagsabgeordnete aus Ulm, hat unter dem Titel "Macht die Mottenkiste zu!" eine -leider weniger verbreitete- Entgegnung formuliert, die im einzelnen auf die rechtspolitischen Vorschläge dieses Papiers eingeht. Die Entgegnung weist im einzelnen die rechtspolitische Überflüssigkeit der Beck/Bruns-Position nach, zeigt ihre Gefahren auf und stellt die Frage, warum die Bonner schwulen Grünen die gemeinsam mit Frauen/Lesben entwickelte Lebensformenpolitik so mir nichts dir nichts über Bord werfen, um dem staunenden Publikum ihr drolliges BGB-Ehen-Konzept vorzustellen.

Bleibt aber noch die Frage, wieso der Beck/Brunns'sche Hochzeitstanz ausgerechnet jetzt aufgeführt wird und was damit eigentlich bezweckt wird. Man wird sich vielleicht noch daran erinnern, daß die Grünen vor etwa zwei Jahren plötzlich das Feld der Lebensformenpolitik entdeckten und die Forderung nach einer rechtlichen und sozialen Gleichstellung anderer Lebensformen mit der bürgerlichen Vertragsehe aufstellten. Zwar vermißten wir seinerzeit bei den Grünen die logische Konsequenz aus diesem Konzept, nämlich die Forderung nach Streichung des grundgesetzlichen besonderen Schutzes der Ehe. Auch wurden wir den Verdacht nicht los, daß diese Hinwendung zu einem Konzept der Durchsetzung bürgerrechtlicher Forderungen mit einem Ausstieg aus *sexual*emanzipatorischem und *gesamtgesellschaftlichem* Denken einherginge. Viele Punkte der Lebensformenpolitik waren jedoch brauchbar und unterstützenswert.

Mittlerweile jedoch hat sich auch die SPD - jahrelang Hauptgegner schwuler Emanzipation- dieses Politikfeldes angenommen. Unter Leitung von Frau Odendahl fanden Beratungen der SPD-Bundestagsfraktion zu diesem Thema statt. Die Bedeutung dieser Beratungen und Hearings wird natürlich vor dem Hintergrund einer möglichen rot-grünen Mehrheit offensichtlich. Ergebnis dieser Beratungen war, daß man sich zu einer weiteren (der dritten) Reform des §175 bequemen könne, nämlich einer einheitlichen "Schutz"altersgrenze für Heten, Lesben, Schwule, Hunde und Katzen von 16 Jahren. Darüber hinaus wurde deutlich, daß an der privilegierten Stellung der staatlich lizenzierten Zweierkiste von seiten der SPD nicht gerüttelt werden wird.

4. Das ist der Hintergrund, vor dem der Schwenk der Beck/Dworek/Brunns-Riege verständlich wird. Volker Beck erklärte in Ulm, daß er die alten Grünen-Forderungen nicht mehr unterstütze. Stattdessen geht man auf ganzer Linie zu den Standpunkten der SPD über, bzw. übt sich schon in Vereinbarkeitsspielchen und der Auswahl von Verhandlungsmasse. Im Rahmen einer sog. "erwachsenen homosexuellen" Politik, deren Horizont vom eigenen Nabel nicht einmal mehr bis zum Schwanz reicht, wird versucht, das Leben der Schwulen und Lesben dem Leben der Heten, wie es sich einer sozialdemokratischen Seele darstellt, anzupassen, mit der Konsequenz der Lesben- und Schwulenehe. Den Fuß in die Tür der 90er-Jahre-Lebensformenpolitik? In dieser Form wird das zu Quetschungen führen.

Dafür, daß sich das verheiratete Schwulen- oder Lesbenpärchen auf der hinteren Bank des sozialdemokratischen Festsaals der Gleichberechtigung niederkaufen darf, sind Beck/Brunns/Dworek bereit, sowohl die Heten-Jugend zu verraten, als vor allem auch erstmals in der Geschichte *gesetzliche Diskriminierungsfronten innerhalb der Schwulen und Lesben* zu errichten. Und zu dem Argument, daß es dann keine Rückkehr zur Ungleichbehandlung mehr gäbe, ist zu sagen: Wer sollte eine zukünftige Regierung davon abhalten, die Rechte der Homosexuellen-Ehe wieder einzuschränken und *gleichzeitig* die "unverheirateten" Lesben und Schwule noch stärker zu diskriminieren? Einen besseren Gegner als eine solchermaßen in verschiedene Interessen gespaltene Schwulen- und Lesbenbewegung kann sich ein Konservativer nicht wünschen.

§. Diese Politik wird von ihren Vertretern gerne "realistisch" genannt, wir halten sie lediglich für eine naht- und rückgratlose Anbietung an kreidefressende und selbstverständlich nie im Namen ihrer Fraktion (Gemeinderats-, Landtags- oder Bundestagsfraktion, alles gleich) sprechende SPD-Stammtischbrüder und -schwestern.

Und, was schwerer wiegt: eine solche Politik wirft fast alles über Bord, was die Schwulenbewegung seit 1969 an Standpunkten und Analysen erarbeitet hat.

Zuallererst wird dieses unpassende Wörtchen "schwul" fallengelassen, um dem klinisch-aseptisch-juristisch-hygienischen "homosexuell" Platz zu machen.

Die Diskriminierungen der Schwulen werden zwar fein säuberlich aufgezählt, aber über die Frage, warum dies so ist, wird keine übertriebene Gedankenarbeit betrieben. Folgerichtig werden auch alle Forderungen, die sich aus der Beantwortung dieser Frage ergeben, unter den Teppich gekehrt. Praunheims/Danneckers Schlagwort "*Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation in der er lebt*" mit der Schlußfolgerung, daß diese Situation verändert werden müsse, wird verändert in ein "*Wir kriegen den Schwulen schon noch so pervers wie die Situation, in der er lebt*".

Die Forderung nach Abschaffung des gesamten gesonderten Sexualstrafrechts, die der simplen und richtigen Erkenntnis entspringt, daß sich eben darin das perverse Verhältnis dieser unseren Gesellschaft zur Sexualität überhaupt manifestiert, hat Beck der "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule bei den Grünen" schon länger ausgetrieben.

Daß reale Emanzipation nur von unten (und hinten natürlich) und nicht durch Parlamente passieren kann, läßt sich an unzähligen Beispielen (auch anderer Minderheiten) belegen, daß sich daraus auch eine bundesweite Politik ergeben kann, kommt natürlich Rechtsonanisten und Parlamentsfetischisten nicht in den Sinn, aus dem einfachen Grunde, daß sie die Grundlage dieser Emanzipation, nämlich die *konkrete Arbeit vor Ort*, nie getan haben. Um ein wenig abstrakt zu werden: Diese konkrete Arbeit vor Ort, und ihre Voraussetzung, die Selbstorganisation, kann nur emanzipatorisch sein in einer Kritik des herkömmlichen Politik-, Rechts- und Gesellschaftsverständnisses.

6. Was wir uns vorstellen?

Wir brauchen für die 90er Jahre keine "neue Politik". Der Prozess der Gruppenbildung und ihrer Verankerung in die politische Landschaft ist noch nicht, noch lange nicht, an ihrem Ende (und wird durch solche Eskapaden wie die BVH-Gründung nur verzögert). Gerade für die *schwulen Infrastrukturen abseits der Metropolen* müssen Konzepte einer substantiellen Verbesserung entwickelt werden.

Wir müssen immer wieder lernen, was es heißt, schwul und stolz zu sein: das schließt das Nachbeten und -leben kaputter Hetero-Strukturen natürlich aus. Schwulsein heißt -sorry, daß es so banal ist-, politische und persönlicher Emanzipation nicht zu trennen, heißt auch, die eigene Macht nicht durch Händchenheben zu delegieren, sondern für sich in Anspruch zu nehmen. Das heißt auch, die natürlichen Verbündeten nicht als Stein des Anstoßes, sondern als politische Ansprechpartner zu akzeptieren: Frauen, Pädos, Teile der Linken. Das heißt *nicht*, ihnen zu hofieren. Das heißt *auch* streiten.

Und für nächstes Jahr heißt das, die Gelegenheit der Bundestagswahl zu nutzen, um zu zeigen, daß es keine Diskussionsmonopole für schwule Politik gibt, daß die Definition von schwuler Emanzipation nicht Sache einiger weniger Funktionäre mit rhetorischem Geschick ist, daß es ein schwules Leben nach den Grünen gibt.

Und auf jeden Fall wird es in Bälde ein Treffen geben, auf dem mögliche Aktionsformen bedacht und beschlossen werden sollen.

Au revoir?

Francois + Reiner.